Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse
Band: 100 (2009)
Heft: 4

Artikel: Die mediale Auseinandersetzung um die Atomkraft
Autor: Tréfás, David
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-856368

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die mediale Auseinandersetzung um die Atomkraft

Welche Argumente eine Abstimmung entscheiden könnten

In den vergangenen 10 Jahren wurde die Debatte um die Energieversorgung neu entfacht. Grund dafür sind zum einen die europaweite Strommarktliberalisierung, welche die vorhandenen Produktionsanlagen in einen neuen Kontext stellt, sowie das absehbare Auslaufen der Betriebsbewilligungen für die bestehenden Atomkraftwerke bzw. das Auslaufen von Bezugsrechten aus französischen Atomanlagen durch schweizerische Energieunternehmen. Die Betreiber haben Projekte für neue Atomkraftwerke lanciert. In wenigen Jahren wird die Schweizer Stimmbevölkerung über die Bewilligung dieser neuen Werke befinden. Dieser Beitrag analysiert die aktuelle Kommunikation über Atomkraftwerke und untersucht, welche Reputation die Atomkraft heute besitzt.

Die Energiedebatte in der Schweiz steht in einem europäischen Kontext: Die Unterbrechungen in der Erdgasversorgung Europas, die Zunahme des Energiebedarfs und der gleichzeitige Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie, das hohe Alter der

David Tréfás

bestehenden Atomkraftwerke sowie der Klimawandel sind die offensichtlichsten Ursachen für die neu entbrannte Debatte. Manche Beobachter fühlen sich an die Debatte der 1970er-Jahre erinnert, was angesichts der offenkundigen Parallelen zur heutigen Debatte nicht von der Hand zu weisen ist. Tatsächlich hatte sich die 1968er-Generation damals zum ersten Mal im Protest gegen die Atompolitik politisch wirksam organisiert. So ist beispielsweise die Partei der Grünen in Deutschland nicht zuletzt als Reaktion auf die Nuklearpolitik der damaligen Regierungen entstanden. Die Proteste gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und das Endlager in Gorleben wurden so zu eigentlichen Gründungsmythen. In Österreich haben die aktuell breit angelegten Protestaktionen gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelín den Mythos vom Kampf gegen das AKW Zwentendorf wieder hervorgerufen. In der Schweiz bleibt vor allem der Kampf gegen das KKW Kaiseraugst in Erinnerung. Die Proteste in den 1970er-Jahren waren vor allem in der Region Basel heftig und führten mitunter zur Weigerung der beiden Kantone Basel, in das «Atomzeitalter» einzusteigen: Basels kantonale Stimmbevölkerung lehnte die Beteiligung am Kernkraftwerk Gösgen im Jahr 1974 ab.

Die 1970er-Jahre haben in der Tat die Energiepolitik verändert. In der gesamten Epoche davor war sie in der Regel ein Alltagsgeschäft gewesen. Energiepolitische Themen hatten kaum grössere öffentliche Resonanz erzielt, und in den wenigen Ausnahmen waren sie lokal begrenzt geblieben. So hatte es um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Proteste gegen die Sprengung der Felsen bei Laufenburg AG und in den 1950er-Jahren grössere Demonstrationen gegen den Bau des Flusswasserkraftwerks Rheinwald gegeben. Auch haben sich immer wieder Talschaften aus nachvollziehbaren Gründen gegen den Bau von Speicherkraftwerken gestemmt. Doch diese Proteste hatten kaum das Potenzial, an die grundsätzlichen Fragen der Energieversorgung zu rühren. Dies änderte sich erst in den 1970er-Jahren mit der Häufung von AKW-Projekten. Allein in einem Umkreis von 50 km um die Stadt Basel war der Bau von 12 Reaktoren geplant. Während Flusskraftwerke die Naturgewalten sogar zähmen konnten, lag bei Atomkraftwerken die Vermutung nahe, dass die Natur erst entfesselt würde. Als Beweis lagen die Bilder aus den von Atombombenabwürfen verheerten Städten Hiroshima und Nagasaki nahe. Die Verknüpfung von militärischer und ziviler Nutzung der Atomenergie konnte nie ganz gelöst werden.

Letztlich war für den Umschwung in der Wahrnehmung der Energiepolitik in den 1970er-Jahren eine Kombination von unterschiedlichen Faktoren verantwortlich: Die Gefahren der Atomtechnologie konnten medienwirksam belegt werden, die weltweite Entspannungsphase im Kalten Krieg führte zu erhöhten Resonanzchancen der Friedensbewegungen, die protestierende Generation von 1968 erhielt erhöhten Zugang zur öffentlichen Kommunikation und stellte die konventionellen Strukturen infrage. Dadurch schwand auch das Anse-

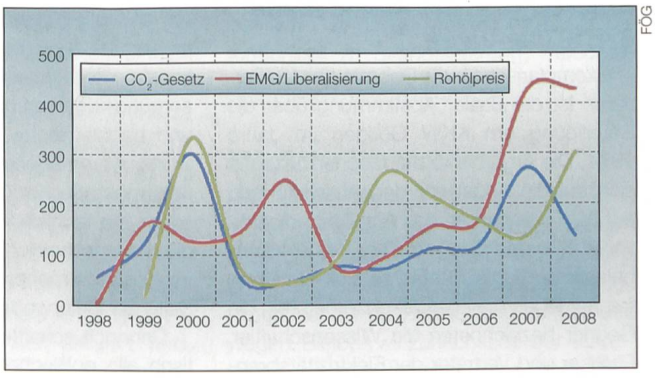


Bild 1 Entwicklung der wichtigsten energiepolitischen Issues in den Schweizer Medien 1998–2008.
Die y-Achse misst die Anzahl der Beiträge in der Schweizer Medienarena. Das Mediensample besteht aus: NZZ, Tages-Anzeiger, Blick, Tagesschau, 10 vor 10, Echo der Zeit, Rendez-vous, SonntagsZeitung, SonntagsBlick, NZZ am Sonntag.

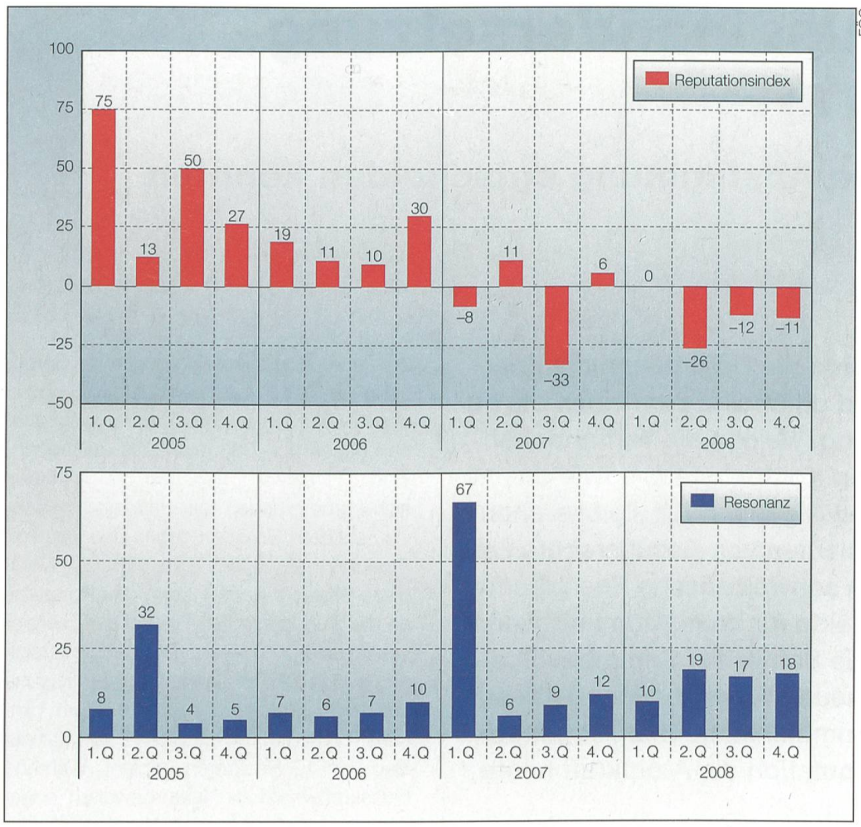


Bild 2 Resonanz und Reputation der Atomenergie in den Tageszeitungen NZZ, Tages-Anzeiger und Blick im Zeitraum Januar 2005 bis Dezember 2008 (n = 237) im Issue Elektrizitätsmarktliberalisierung. Die Resonanz bezieht sich auf die Anzahl Artikel, in welchen die Atomenergie thematisiert wurde. Die erfassten Bewertungen lassen sich mithilfe eines Reputationsindex abbilden. Dieser misst die Reputation der Atomenergie auf der Basis aller Beiträge, in der der Reputationsträger Resonanz fand. Er kann maximal die Werte –100 bis +100 annehmen. Dabei bedeutet ein Wert von +100, dass die Atomenergie ausschliesslich positive Bewertungen erfahren hat. Umgekehrt bedeutet ein Wert von –100, dass die Atomenergie ausschliesslich negativ bewertet wurde.

hen der Experten: Mitunter konnte jeder Expertenmeinung, die bis dahin noch genügt hätte, um ein politisches Geschäft durchzubringen, eine Gegenmeinung eines anderen Experten entgegengestellt werden. Diese Änderung der Diskursstrukturen und auch der Einfluss dieser unterschiedlichen Faktoren war von den Planern nicht vorausgesehen worden. Der Widerstand gegen das KKW Kaiseraugst war eine neue Erscheinung.

Argumente in der Atomdebatte der 1970er-Jahre

Exemplarisch für die Debatte der 1970er-Jahre ist die Basler Abstimmung über die Beteiligung am KKW Gösgen im Jahre 1974. Die Argumente der Gegner bezogen sich auf die Angst vor den Auswirkungen auf das Trinkwasser, das Anfallen radioaktiver Abfälle und die Furcht vor der Strahlenbelastung. Zugleich machte sich ein Misstrauen gegen die Energiekonzerne breit, die Gegner bezeichneten die Wissenschaftler, Politiker und Vertreter der Elektrizitätsbranche als «verfilzte Atomlobby» und den diese schützenden Staat als «Atomstaat». Die Befürchtungen bezüglich der Umwelt und Sicherheit wurden auch von den Regierungen der beiden Basler Halbkantone geteilt. Ihr Wunsch, sich dennoch am KKW Gösgen zu beteiligen, wirkte insofern nicht glaubwürdig.

Die Abstimmung wurde denn auch zum ersten Plebiszit gegen die Atomtechnologie in der Schweiz. Die Befürworter der Vorlage argumentierten mit der drohenden Verknappung der Stromversorgung und mahnten an, «mit kühlem Kopf» Ja zu stimmen. Ihr Komitee hiess bezeichnenderweise «Aktionskomitee für ausreichende Energieversorgung» und versuchte, «ruhig, aufklärend und unpolemisch» zu werben. Die Befürworter waren überzeugt, wie auch der liberaldemokratische Grossrat Hans Löffler, «dass die fachlich besser ausgewiesenen, die wissenschaftlich anerkannteren und unvoreingenommeneren Physiker auf der Seite der Befürworter stehen».

Dennoch schafften es die Gegner, praktisch alle politischen Kräfte hinter sich zu scharen. Damit war der Vorwurf der Befürworter, die Gegner wollten die Wirtschaft schwächen, dadurch Krisen erzeugen und ein «prärevolutionäres Klima» schaffen, entkräftet. Zwischen den Fronten befanden sich das Elektrizitätswerk und die Regierung. Beide befürworteten die Beteiligung am KKW Gösgen, versuchten dies aber in ein Gesamtenergiekonzept einzubauen. Dieser Schachzug verfing, 14 Tage vor der Abstimmung, nicht mehr: Die Beteiligung Basels am KKW Gösgen wurde deutlich abgelehnt. Basel-Stadt war der erste Kanton, der sich gegen Atomkraftwerke zur Wehr setzte. Nicht nur hatte er die Beteiligung an einem AKW abgelehnt, mit zähem Widerstand das KKW Kaiseraugst mitverhindert, sondern auch eine Demokratisierung der Atompolitik eingeleitet.

Die Ablehnung der Beteiligung lässt sich auf eine einmalige Konstellation zurückführen: Mit dem Ende der Hochkonjunktur war der Energieverbrauch für kurze Zeit rückläufig, weshalb die bisherige Energieversorgung ausreichte. Die Experten hatten ihren unangefochtenen Status verloren, die Entspannungsphase im Kalten Krieg hatte ein Opportunitätsfenster für Proteste geöffnet. Zudem herrschte insbesondere in der Region Basel eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisenstimmung. Auch herrschte ein Unbehagen gegenüber der in der Wahrnehmung der Gegner «verfilzten Atomlobby». Mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 schienen die Gegner bezüglich der Gefährlichkeit der Atomtechnologie Recht behalten zu haben. Dieser Unfall führte letzten Endes auch zum Einstellen des Projekts des KKW Kaiseraugst.

Diskursstrukturen und Medienlogiken

In der aktuellen Debatte hat sich das Argumentarium kaum gewandelt. Gesprochen wird nach wie vor von Versorgungssicherheit und der Gewährleistung tiefer Preise bzw. der Wirtschaftlichkeit, von der Sicherheit der Technologie auch angesichts der jüngsten Terroranschläge, von der Lagerung radioaktiver Abfälle und von der Gefährdung und vom Schutz der Umwelt.

Gewandelt hat sich allerdings die Struktur der Öffentlichkeit, also auch die Art, wie in den Medien kommuniziert wird. In den 1970er-Jahren waren die Medien stärker als heute in jeweiligen Milieus verankert. Heute sind die Medien eigenständige Akteure, die ihren eigenen Logiken gehorchen. So haben Medieneffekte wie Skandalisierung, Personalisierung und Emotionalisierung stark zugenommen. Dadurch verändern sich die Resonanzchancen der einzelnen Akteure, es ändern sich aber auch die Bewertungen einzelner Technologien. Diese

Bild 3 Die von der Elektrizitätswirtschaft 1973 herausgegebene Broschüre zur Kernenergie wurde vom WWF grafisch karikiert: Das Expertenwissen galt seit den späten 1960er-Jahren nicht mehr als unangreifbar.

werden von einer Reihe von Faktoren beeinflusst. Eine Stichwortsuche über alle in den Schweizer Medien behandelten Issues von 1998 bis 2008 hat ergeben, dass über Energieprodukte und -träger, u.a. die Atomkraft, zwar vor allem im Rahmen der nationalen Energiepolitik debattiert wird, dass aber auch andere Issues die Reputation der jeweiligen Energieprodukte beeinflussen können: Darunter befinden sich die Wahlkämpfe im In- und Ausland, der Irakkrieg, die atomare Aufrüstung Nordkoreas und des Iran sowie unvorhergesehene Ereignisse wie ein Hitzesommer, der die Flusskraftwerke lahm legt, oder grosse Kälteperioden, die den Energiebedarf sprunghaft in die Höhe schnellen lassen.

Betrachtet man nur die Entwicklung der energiepolitischen Issues in der Schweiz, so zeigt sich, dass in den vergangenen 10 Jahren vor allem über 3 Issues debattiert wurde: Die Strommarktliberalisierung, das CO_2-Gesetz und die Entwicklung des Rohölpreises (Bild 1). Die Entwicklung dieser Issues in der Schweizer Medienöffentlichkeit offenbart, welchem komplexen Umfeld die Energiepolitik ausgesetzt ist. Einleuchtend ist die Periodisierung des Issues «Elektrizitätsmarktsgesetz/Liberalisierung». Hier liegt der erste Peak auf der Ablehnung des Gesetzes durch die Stimmbevölkerung (2002). 2007 und 2008 folgt der nächste Peak: Der Bundesrat entscheidet, dass die abzuschaltenden Atomkraftwerke ersetzt werden müssen. Gewarnt wird vor einer «Versorgungslücke», gleichzeitig nimmt die Notwendigkeit einer CO_2-neutralen Klimapolitik zu. Dies zeigt sich ebenfalls in der Zunahme der Thematisierung des CO_2-Gesetzes. Ein weiterer Faktor ist die Thematisierung des Ölpreises. Ein erster Höhepunkt wurde im Jahr 2000 erreicht, 2004 wurde die Erdölförderung im Golf von Mexiko wegen eines Hurrikans gedrosselt. Ähnlich wie der Erdölpreis ist auch die Kommunikation über den Erdölpreis unvorhersehbaren Schwankungen unterworfen.

Resonanz und Reputation der Atomkraft

Betrachtet man nun, welche Resonanz- und Reputationswerte die Atomkraft aufweist, so scheint es auf den ersten Blick, als ob die Atomkraft weit herum akzeptiert wäre (Bild 2). Dies ist jedoch keineswegs der Fall: Der Effekt ist auf die dezidiert AKW-freundliche Haltung der Neuen Zürcher Zeitung zurückzuführen. In der Untersuchungsperiode hat die NZZ unter den 3 untersuchen Tageszeitungen (Tages-Anzeiger, NZZ und Blick) die weitaus höchste Resonanz. Das Energiethema ist praktisch permanent vertreten. Aussagekräftiger für die generelle Bewertung sind die Werte zu Zeitpunkten der höchsten Resonanz: Ins zweite Quartal 2005 fiel die Ankündigung der Axpo, ein neues Kernkraftwerk bauen zu wollen. Ebenfalls eine hohe Resonanz erzielte im ersten Quartal 2007 die Ankündigung des Bundesrats, neue Atomkraftwerke bewilligen zu wollen. In Situationen, in denen die Öffentlichkeit aktiviert wird, zeigt sich, dass die Atomkraft eher kontrovers gesehen wird. Zu bedenken ist auch, wie sich die Reputationswerte entwickeln: Genoss die Atomkraft 2005 vor allem im Vergleich zum Erdgas aufgrund der CO_2-Frage eine weit bessere Reputation, büsste sie mit der Zeit an Attraktivität ein. Dies hat wiederum mit der Berichterstattung der NZZ zu tun, die in den Jahren 2005 und 2006 eine Kampagne für Atomkraftwerke und gegen alle anderen Energiearten betrieb. Mit der Sistierung von Erdgaskraftwerksprojekten verlagerte sich die Berichterstattung aber auf andere Themen, wie die Förderung alternativer Energien. Im Vergleich zur Fotovoltaik und zur Windenergie hat die Atomenergie in der Medienöffentlichkeit schlechte Karten. Damit zeigt sich, dass der Kontext der Berichterstattung einen entscheidenden Einfluss auf die Reputationswerte der Atomkraft hat.

Die Argumente in der aktuellen Debatte

Das heutige Argumentarium für und wider die Atomenergie ist durchaus mit dem der 1970er-Jahre vergleichbar. Die Befürworter betonen, Atomenergie sei CO_2-neutral, also umwelt- und klimafreundlich, und trage dazu bei, eine entstehende Versorgungslücke zu schliessen. Die Gegner hingegen beteuern, dass die Entsorgungsfrage nach wie vor ungelöst, die Gefahr, die von den AKWs ausginge, noch nicht gebannt sei. Ein wichtiger Faktor ist die Skandalisierung der «Strombarone» – eine wirkmächtige Bezeichnung, die bis auf das Zeitalter des Laisser-faire-Kapitalismus im 19. Jahrhundert beim Eisenbahnbau zurückreicht. Diese gesellschaftsideologische Aufladung der Energiedebatte erinnert an die 1970er-Jahre mit ihrer Thematisierung des «Atomstaats». Hingegen werden von AKW-Befürwortern die Fotovoltaik und vor allem die 2000-Watt-Gesellschaft mancherorts als Rückfall in die Barbarei bezeichnet. Es liessen sich viele Belege für diesen ideologischen Grabenkrieg finden. An dieser Stelle bleibt festzuhalten, dass die ideologische Durchdringung der Debatte dafür sorgen kann, dass die sachpolitischen Argumente an Gewicht verlieren. Dazu tragen auch die neuen Medienlogiken bei, die tendenziell zu Skandalisierung, Personalisierung und Emotionalisierung neigen.

Mögliche Entwicklung der Debatte

Auf der Basis der skizzierten Diskursstrukturen, der Reputationsentwicklung und der Medienlogiken lassen sich einige Prognosen für die Entwicklung der Debatte wagen. Bleiben wir zunächst bei der «Atomlobby», den «Strombaronen» und beim

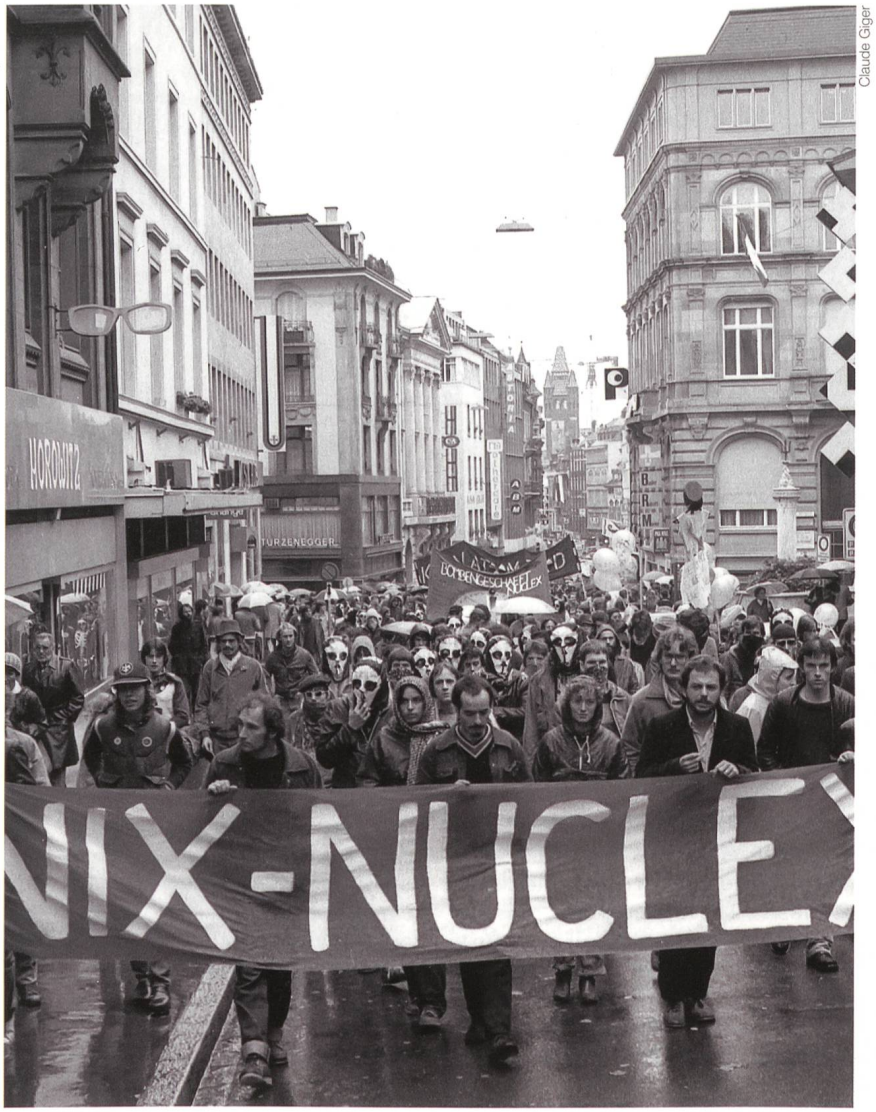
«Atomstaat»: Sollte die aktuelle Finanzmarktkrise sich zu einer anhaltenden Wirtschaftskrise auswachsen, so könnten diejenigen Interessengruppen, welche die Atomkraft befürworteten, weiter skandalisiert werden. Die Reputation der Befürworter und Gegner der Atomkraft entscheidet letztlich über die Reputation der Technologie mit. Dabei liegen die Reputationsrisiken mehrheitlich auf der Befürworterseite, wie sich jüngst bei der Debatte um die Strompreiserhöhungen zeigte. Wirtschaftskrisen ziehen in der Regel auch gesellschaftliche Krisen nach sich. Sollte dies der Fall sein, würden die wirtschaftlichen Vorteile der Befürworter den Nachteilen für die Bevölkerung entgegengesetzt. Die ideologische Deutung der Atomkraft dürfte tendenziell zunehmen.

Auch bezüglich des Energieverbrauchs könnte die Wirtschaftskrise einen Einfluss haben. In den 1970er-Jahren hatte der Energieverbrauch zeitweise stagniert oder war sogar leicht rückläufig. Sollte die Wirtschaftskrise einen Produktionsrückgang verursachen, liegt auch hier ein Rückgang des Energieverbrauchs im Bereich des Möglichen. Für diesen Fall verlöre das Argument der «Stromlücke» an Durchschlagskraft.

Die Wirtschaftskrise könnte auch die Klimafrage aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit drängen. Die Koppelung der Energiefrage an die Klimafrage könnte aus diesem Grund weniger Effekte erzielen als erwartet. Sollte in der Zwischenzeit die Entwicklung der Fotovoltaik und der Windenergie grosse Fortschritte erzielen, hätte dies einen Einfluss auf die Akzeptanz der Atomenergie.

Übrig bleiben die Argumente bezüglich der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit der Produktion. Insbesondere die Sicherheit birgt Konfliktpotenzial: Sowohl die Betriebssicherheit als auch die Sicherheit vor Terrorangriffen macht die Atomkraftwerke abhängig von Entwicklungen, die die Betreiber nur begrenzt kontrollieren können. Eine einzige Havarie in einem AKW, ein einziger Terroranschlag, eine einzige Naturkatastrophe (Erdbeben, Unwetter), welche die Sicherheit von AKWs gefährdet, genügt, um das Argumentarium der Befürworter zu untergraben.

Dies alles spricht eher gegen die Chancen einer Betriebsbewilligung für Atomkraftwerke. Der Abstimmungskampf hat zwar längst begonnen, das Resultat wird aber abhängig sein von einer Reihe von Faktoren, die weder die Befürworter noch die Gegner steuern können. Die nachhaltige Beobachtung der Medienlandschaft ist daher für beide Seiten unerlässlich.



Claude Giger

Bild 4 Als 1981 der Nuclex-Kongress der Kernenergiebranche in Basel stattfand, störten ihn die Demonstranten mit Sitzblockaden.
3000 Personen nahmen an der Nix-Nuclex-Demo teil. Es kam zu Krawallen, die aber weitaus friedlicher verliefen als einige Monate zuvor die Krawalle anlässlich der 1.-Mai-Feier auf dem Marktplatz, bei denen Sachschäden in Millionenhöhe entstanden waren.

Résumé

L'énergie nucléaire dans les médias

Les arguments pouvant être décisifs lors d'une votation. Ces 10 dernières années, le débat a repris sur l'approvisionnement en énergie. Les raisons en sont d'une part la libéralisation du marché de l'électricité en Europe, qui a placé dans un nouveau contexte les installations actuelles de production, et d'autre part le fait que les autorisations d'exploitation des centrales nucléaires actuelles et les droits d'achat depuis les centrales nucléaires françaises par les entreprises électriques suisses arrivent à échéance. Les exploitants ont lancé des projets pour de nouvelles centrales nucléaires. Dans quelques années, le Souverain devra se prononcer sur l'autorisation de ces nouvelles centrales. L'article analyse la communisation actuelle sur les centrales nucléaires et la réputation de l'énergie nucléaire à l'heure actuelle.

Angaben zum Autor

Dr. *David Tréfás* ist Historiker und Mitarbeiter des FÖG – Forschungsbereichs Öffentlichkeit und Gesellschaft an der Universität Zürich. Er beschäftigt sich mit den Themen Energie, Öffentlichkeit und Europa.
Universität Zürich, 8050 Zürich,
david.trefas@foeg.unizh.ch

ANDRITZ Hydro

Hydro Power.

Compact Hydro is more than a Small Solution.

ANDRITZ HYDRO est le leader mondial pour les installations hydro-électriques Compact jusqu'à 15 MW. Compact Hydro est basé sur des solutions «water-to-wire» avec un système modulaire paramétré. Ce concept global répond ainsi aux attentes de nos clients. Plus de 10'000 installations sont actuellement en opération dans le monde.

ANDRITZ HYDRO ist Weltmarktführer bei Compact Hydro Anlagen bis 15 MW. Compact Hydro steht für „water-to-wire"-Lösungen, basierend auf einem vorgefertigten Baukasten-System. Aus der Hand eines Anbieters, der weltweit mehr als 10.000 Kompaktanlagen in Betrieb genommen hat, bietet dieses Konzept optimalen Kundennutzen.

ANDRITZ HYDRO AG
Obernauerstrasse 4, 6010 Kriens, Switzerland
Tel.: +41.41.329-5111, Fax: +41.41 329-5112

contact.ch@andritz-hydro.com
www.andritz-hydro.com

bdew
Energie. Wasser. Leben.

ZUKUNFT GESTALTEN

Investitionen für Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit

BDEW Kongress 2009

Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, auf die Antworten gegeben werden müssen. Die Liberalisierung und Regulierung der Energiemärkte bedeuten darüber hinaus umfangreiche strukturelle Veränderungen für die Versorgungsunternehmen. Insbesondere die nationalen, europäischen und internationalen klimapolitischen Vorgaben beeinflussen die Investitionsentscheidung sowohl in der Energie- als auch in der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Der BDEW-Kongress 2009 bietet die ideale Plattform, um mit Vertretern der Energie- und Wasserwirtschaft sowie aus Politik, Wissenschaft und Medien über Fragen, wie z. B.

- Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit – ein ambivalentes Verhältnis?
- Anreizregulierung - sind Investitionen noch attraktiv?
- Energieeffizienz – Chance oder Risiko für die Branche?
- Wasserpreise - Spannungsfeld zwischen Kartellrecht und Qualität?
- Mobilität – mit Strom und Gas in die Zukunft?
- Erzeugungsmix – wird die Branche ihrem Anspruch gerecht?
- Kartellrecht – zu enge Grenzen für den Wettbewerb?
- Stadtwerke – Auslauf- oder Zukunftsmodell?
- Neue Preisgestaltung – Reflexion des Kundenverhaltens?

zu diskutieren.

23. bis 25. Juni 2009 im InterContinental Berlin
BDEW Kongress Infoline 030. 28 44 94-175
www.bdew.de · kongress2009@bdew.de

Als Referenten haben u. a. bereits zugesagt:

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Brüssel/Belgien (A)

Dr. Rolf Martin Schmitz, Präsident des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Berlin

Dr. Jürgen Großmann, Vorsitzender des Vorstandes, RWE AG, Essen

Lars G. Josefsson, Vorsitzender des Vostandes, Vattenfall AG, Stockholm/Schweden

Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstandes, EnBW AG, Karlsruhe

Dr. Bernhard Heitzer, Präsident, Bundeskartellamt, Bonn

Matthias Kurth, Präsident, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bonn

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

ERNST & YOUNG
Quality In Everything We Do

VORWEG GEHEN

Power and productivity for a better world™ ABB